



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Bayerische Dokumente zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuldspruch

Dirr, Pius

München [u.a.], 1925

Der Gesandte beim Päpstlichen Stuhle an das Ministerium des Äußern. 24.
Juli 1914

[urn:nbn:de:hbz:466:1-73506](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-73506)

II

Das Ritter-Telegramm.

Der bayerische Gesandte beim Vatikan, Herr von Ritter, sandte am 24. Juli 1914 folgende Chiffredepesche an die Münchener Regierung:

Telegramm Nr. 216. Rom, den 24. Juli 1914, 18 Uhr 35 Min.

Papst billigt scharfes Vorgehen Österreichs gegen Serbien und schätzt im Kriegsfall mit Rußland russische und französische Armee nicht hoch ein. Kardinalsekretär hofft ebenfalls, daß Österreich diesmal durchhält und wüßte nicht, wann es sonst noch Krieg führen wollte, wenn es nicht einmal eine ausländische Agitation, die zum Morde Thronfolgers geführt hat und außerdem bei jetziger Konstellation Österreichs Existenz gefährdet, entschlossen ist, mit den Waffen zurückzuweisen. Daraus spricht auch die große Angst der Kurie vor dem Panslavismus.

Ritter.

Auch dieses Dokument hatte, ähnlich wie der Schoen'sche Bericht, seine ganz besonderen Schicksale. Wie Eisner als revolutionärer Ministerpräsident zahlreiche amtliche Schriftstücke in seine Privatwohnung brachte, um sie dort für seine Zwecke einzusehen, so tat auch sein Sekretär Fechenbach. Unter anderem nahm dieser eine Kriegszielenkschrift Erzbergers aus dem September 1914 und das obige Telegramm an sich¹⁾.

Nach dem gewaltsamen Tode Eisners am 21. Februar 1919 erwuchs aus der Revolution in München die Rätediktatur, die im Monat April in Südbayern ihr Unwesen trieb. In dieser Zeit, etwa zwischen dem 16. und 20. April, kam der Genfer Tageschriftsteller René Payot, bekannt als ausgesprochen deutschfeindlicher Mitarbeiter französischer Blätter, im Kraftwagen nach München und traf hier mit Fechenbach zusammen, den er in der Schweiz kennen gelernt hatte. Bei dieser Gelegenheit übergab

¹⁾ Die Akten sind dann im Mai 1919 durch eine gerichtliche Haus-suchung wieder an den gehörigen Ort zurückgelangt. — Siehe unten!

der ehemalige Sekretär Eisners dem Franzosen auf seinen Wunsch eine Abschrift der Erzberger'schen Kriegszielenkschrift nebst Kopien von brieflichen Antworten bekannter deutscher Staatsmänner auf diese Denkschrift, ferner eine Abschrift des Ritter-Telegramms.

Das Memorandum Erzbergers befaßte sich mit annexionistischen Plänen, die aber von namhaften deutschen Staatsmännern namentlich von Bethmann Hollweg in seinem Antwortbriefe, abgelehnt worden waren. Die Räteregierung hatte Auszüge bereits in einer Münchener Zeitung bekanntgegeben, wohl um damit im Sinne Eisners den Abgeordneten und Waffenstillstandskommissar Erzberger zu treffen und seine weitere amtliche Tätigkeit in der Friedensfrage unmöglich zu machen, dann aber auch in der Absicht, das kaiserliche Deutschland zu belasten.

Im Auslande sind diese Auszüge zunächst soviel wie unbekannt geblieben. Von dem Ritter-Telegramm behauptete Fechenbach später vor Gericht, daß Eisner gelegentlich in Reden davon Gebrauch gemacht hatte. Ein Beweis hiefür läßt sich nirgends ermitteln. Jedenfalls sind etwaige solche Hinweise Eisners in der Öffentlichkeit unbeachtet geblieben. Das Telegramm mußte in dem Zeitpunkte, da es René Payot in die Hände kam, als eine Geheimurkunde des bayerischen Staates gelten. Bemerkenswert ist übrigens auch, daß es weder zur Zeit seines Einlaufes in München, im Juli 1914, noch auch in der Folge der deutschen Reichsregierung mitgeteilt worden war.

Am 29. April 1919, kurz bevor die deutsche Friedensdelegation von den Alliierten nach Versailles entboten wurde, brachte die Pariser Tageszeitung „Le Journal“ in großer Aufmachung einen Aufsatz von René Payot: „Was Deutschland von uns gefordert hätte, wenn seine Heere siegreich gewesen wären.“ Das Kernstück bildeten die beiden bayerischen Dokumente. Der Verfasser des Aufsatzes bezeichnete sie ausdrücklich als unveröffentlichte geheime Aktenstücke und empfahl sie als solche den Diplomaten in Versailles zur Beachtung. Die Echtheit der Stücke zu bekräftigen, diente der Hinweis, daß René Payot sie als „envoyé special“ des Journal von dem ehemaligen Geheimsekretär Eisners erhalten habe.

Was mit der Veröffentlichung bezweckt wurde, geht klipp und klar hervor aus den Schlußsätzen des Artikels: „Wir sind glücklich, der öffentlichen Meinung Frankreichs diese Dokumente

vorzulegen, deren Wichtigkeit niemanden entgehen wird. Die Erinnerung könnte nicht passender eintreffen. In dem Augenblick, in dem die Deutschen im Begriffe sind, die von der Konferenz ausgearbeiteten Friedensbedingungen in Empfang zu nehmen, müssen die Alliierten mehr denn jemals sich an die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges und an die ins Auge gefaßten Forderungen der Angreifer erinnern, erhoben in einem Zeitpunkte, wo das Kriegsglück durch einen schnellen Triumph ihre ehrgeizigen Pläne zu erfüllen schien. Erinnern wir uns des Rechtes der Rache.“

Die Veröffentlichung erregte größtes Aufsehen. Erzbergers private Meinungsäußerung wurde förmlich als die Kriegszielpolitik des amtlichen Deutschland hingestellt, obwohl die Briefe maßgebender deutscher Persönlichkeiten, insbesondere des Reichskanzlers Bethmann Hollweg, die Unwahrheit dieser Behauptung dartaten.

Das Ritter'sche Telegramm wurde in der französischen und italienischen Presse sowohl gegen Deutschland als auch gegen den Vatikan in tendenziöser Weise ausgebeutet.

Der bayerische Gesandte beim Vatikan, der damals noch wie während des Krieges in Lugano seines Amtes waltete, war zunächst nicht in der Lage nachzuprüfen, ob seine Meldung im Journal richtig wiedergegeben worden war¹⁾. Ebenso wenig die rechtmäßige bayerische Staatsregierung, das Ministerium Hoffmann, das in Bamberg weilte und keine Möglichkeit hatte, zu den in der Verfügungsgewalt der Räterepublikaner befindlichen Akten des Ministeriums des Äußeren in München zu gelangen.

In einem Briefe vom 3. Mai 1919 schrieb von Ritter an die bayerische Regierung in Bamberg, seine Meldung könne jedenfalls nicht als Beweis dafür genommen werden, daß Deutschland 1914 aggressive Tendenzen verfolgt habe. Die Veröffentlichung dieses

1) Die französische Übersetzung war nicht wörtlich. Der Hinweis auf die russische und französische Armee fehlte. Sie lautete: Le Pape (Pie X) approuve une action énergique de l'Autriche contre la Serbie. Karsek espère que cette fois l'Autriche tiendra le coup. Il se demande quand elle pourrait faire la guerre, si elle n'était pas même résolue à repousser par les armes une agitation étrangère qui a amené le meurtre de l'archiduc et qui, en égard à la situation actuelle de l'Autriche, met en danger son existence. Dans ces déclarations se relève la crainte de la Curie romaine à l'égard du panslavisme. Signé: Ritter.

Berichtes habe lediglich den Vatikan unnötig in den Streit gezogen.

Der Gesandte riet seiner Regierung, mit dem Nuntius in München ins Benehmen zu treten und die Veröffentlichung des Berichtes, wenn er etwa unrichtig wiedergegeben sei, zum Gegenstand eines Dementis oder aber einer Entschuldigung zu machen. Denn der Vatikan werde durch eine derartige, den diplomatischen Gepflogenheiten zuwiderlaufende Indiskretion in den Streit über den Ursprung des Krieges hineingezogen.

Zwei Tage später, am 5. Mai 1919, berichtet Ritter nach Bamberg über eine Meldung des „Secolo“. Danach habe ein hochgestellter Prälat, der eine einflußreiche Stellung im Vatikan einnehme, gegenüber dem römischen Korrespondenten des „Echo des Paris“ die Möglichkeit eines solchen Berichtes in Abrede gestellt und sich folgendermaßen geäußert:

Wenn man die politischen Ideen Pius X. kenne, der damals Papst war und in besten Beziehungen zur serbischen Regierung stand, sei es ausgeschlossen, daß der Heilige Stuhl zu einem Angriffe auf Serbien aufgemuntert habe (a incoraggiato a invadere la Serbia), aus Angst, daß sonst Österreich zugrunde gehe und daß der Vatikan damit implicite lieber den Untergang Serbiens gewünscht habe. Der Vatikan, der von Anbeginn der damaligen politischen Spannung an die gewissenhafteste Neutralität beobachtete, habe nie versucht, gewisse Staaten zum Nachteile anderer zu bevorzugen.

Der Gesandte von Ritter bemerkte hierzu, daß seiner Meldung, auch wenn sie so gelautet habe, wie sie im Journal gestanden habe, etwas unterschoben werde, was sie gar nicht enthielt:

In dem Berichte steht nichts davon, daß der Heilige Stuhl Österreich aufgemuntert habe, Serbien anzugreifen, sondern nur, daß der Heilige Stuhl es billigen würde, wenn Österreich die Agitation Serbiens, die zur Ermordung des Erzherzogs führte, energisch, eventuell mit Waffengewalt zurückweisen sollte, da sonst die Existenz Österreichs gefährdet werden könnte. Es wird damit klipp und klar die Defensivstellung Österreichs anerkannt. Von einer Bevorzugung Österreichs ist nicht die Rede, nachdem es doch Österreichs gutes Recht war, sich zu verteidigen.

Wenn der hochgestellte Prälat des Vatikans behauptet, daß in dem von ihm dargelegten Sinne die Bayerische Gesandtschaft nicht berichtet haben könne, so kann die Bayerische Regierung getrost behaupten, daß die Gesandtschaft auch nie in diesem Sinne berichtet habe.

Schließlich hieß es in einem dritten, nach Bamberg gegangenen Schreiben des Gesandten vom 20. Mai 1919:

Ohne Rücksicht darauf, ob der von Herrn Fechenbach veröffentlichte Bericht der Bayerischen Gesandtschaft beim Päpstlichen Stuhle richtig wiedergegeben worden ist oder nicht, und ohne objektive Prüfung seines Inhalts hat die auswärtige Presse an der Hand dieser Veröffentlichung den Vatikan in den Streit über den Ursprung des Weltkrieges hereingezogen und ihn der Parteinahme für die Zentralmächte verdächtigt.

Den Vogel hat heute die viel gelesene Tessiner Zeitung, die „Gazetta Ticinese“ abgeschossen. In einem „Il vaticano voleva la guerra“ überschriebenen Leitartikel bezeichnet die „Gazetta Ticinese“ den im „Journal“ veröffentlichten bayerischen Gesandtschaftsbericht als einen direkten Beweis dafür, daß der Vatikan den Krieg Österreichs mit Serbien gewollt habe, und außerdem fügt das Blatt unter Bezugnahme auf die von den deutschen Bischöfen an den Papst gerichtete Bitte, für Milderung der Friedensbedingungen zu intervenieren, auch noch die Bemerkung bei, daß eine derartige Verwendung begreiflich wäre und als eine der Stellung des Papstes entsprechende Handlung angesehen werden könnte, wenn sie nicht durch die Parteinahme des Papstes für die Zentralmächte und durch sein Einverständnis mit dem Angriffe Österreichs auf Serbien in ein schiefes Licht gestellt würde.

Diese Presseäußerungen bestätigen die von mir in meinem Berichte vom 3. I. Mts. Nr. 76 geäußerte Befürchtung wegen der Folgen, die die Fechenbach'sche Indiskretion für den Vatikan haben würde, und das bestärkt mich in der Annahme, daß es zum mindesten ein Gebot der Courtoisie wäre, dem Herrn Nuntius ein Wort der Entschuldigung oder des Bedauerns über die gehässigen und peinlichen Verdächtigungen auszusprechen, die das Vorgehen des Sekretärs des ehemaligen bayerischen Ministerpräsidenten dem Vatikan eingetragen hat.

Inzwischen war nach der Befreiung Münchens aus den Fesseln der Räteherrschaft Anfang Mai 1919 gegen Fechenbach Untersuchung wegen Beseiteschaffung amtlicher Schriftstücke eingeleitet worden. Am 11. Mai lieferte die bei ihm vorgenommene Haus-suchung neben anderen Akten auch das Original des Ritter-Telegramms wieder in die Hände der Staatsregierung.

Bereits am Tage vorher hatte der Ministerpräsident Hoffmann von Bamberg aus Auftrag nach München gegeben, daß das Ministerium des Äußeren die Angelegenheit zum Gegenstand einer mündlichen Besprechung mit dem Nuntius machen solle. In Vollzug dieser Weisung erklärte ein Vertreter des Ministeriums dem Nuntius am 16. Mai 1919, „die Veröffentlichung des Telegramms des Gesandten von Ritter vom 24. Juli 1914 im Journal beruhe auf einer strafbaren Entfernung von Akten aus dem Ministerium des Äußern, die Übersetzung des Telegramms sei nicht

exakt und auch aus dem richtigen Texte könne kein Anhaltspunkt für die Behauptung entnommen werden, daß der Vatikan Österreich zu kriegerischem Vorgehen gegen Serbien ermuntert habe“.

Weiter wurde dem Nuntius mitgeteilt, „daß das Telegramm seinerzeit von München aus nicht weitergegeben, sondern nur zu den Akten genommen worden sei. Die in den französischen Blättern der Veröffentlichung beigefügten Kommentare und die daran im Artikel im Secolo vom 5. Mai 1919 geknüpften Erörterungen seien deshalb von falschen Voraussetzungen ausgegangen“¹⁾.

Der Nuntius ließ dem Ministerpräsidenten seinen Dank für die Aufklärung aussprechen.

Damit hatte die Angelegenheit ihre ordnungsgemäße und endgültige diplomatische Erledigung gefunden.

Sie spielte aber wieder eine Rolle in dem gegen Fechenbach im November 1920 durchgeführten Gerichtsverfahren wegen Beseitigung amtlicher Schriftstücke. Es endete mit einem Freispruch, da das Gericht den Schuldbeweis für eine strafbare Aktenentwendung nicht als erbracht ansah.

Sowohl in diesem Verfahren als auch in dem im vorigen Abschnitt behandelten Prozesse über Eisners „Schulddokumente“ stellte Fechenbach in Abrede, mit der Veröffentlichung im Journal etwas zu tun gehabt zu haben. Erst als er sich vom 3. bis zum 13. Oktober 1922 zusammen mit anderen Angeklagten wegen Landesverrats zu verantworten hatte, räumte er ein, die Schriftstücke an Payot abgegeben zu haben, jedoch nicht zur Veröffentlichung.

Dieses Gerichtsverfahren endete bekanntlich mit der Verurteilung der Angeklagten zu langen Zuchthausstrafen. Das Urteil gegen Fechenbach erblickte hauptsächlich in der Auslieferung des Ritter-Telegramms den Tatbestand eines Verbrechens des Landesverrates. Es nahm insbesondere an, daß der Vatikan im Frühjahr 1919 durch die Veröffentlichung Payots bloßgestellt worden sei und die Möglichkeit verloren habe, für eine Milderung der Blockade und der Friedensbedingungen zu wirken. Dadurch sei Deutschland mittelbar schwerer Schaden erwachsen.

Der über die juristische Haltbarkeit des Urteils und der Urteilsgründe entstandene Streit, der auch im bayerischen Land-

¹⁾ Bericht im Ministerium des Äußern.

tag und im Reichstag spielte¹⁾, gehört nicht zum Gegenstand der vorliegenden Publikation. Es handelt sich hier lediglich darum, die eigenartigen Schicksale der Ritter-Depesche an der Hand der Akten klarzustellen und die tendenziöse Ausbeutung dieser Urkunde durch die Entente-Propaganda zu kennzeichnen.

* * *

Nach den mehrtägigen Reichstagsverhandlungen über den letzten Fechenbach-Prozeß ging eine an die „Germania“, das Berliner Zentrumsblatt, gerichtete „Zuschrift aus dem Vatikan“ durch die Presse, die sich gegen den Anschein wandte, „als habe der Kardinalstaatssekretär Merry del Val 1914 Österreich zum Kriege geraten“. Wenn der bayerische Gesandte eine solche Information an seine Regierung gerichtet hätte, so hieß es darin, so müßte da mindestens ein großes Mißverständnis auf seiner Seite vorliegen. Es könne auf das Bestimmteste versichert werden, daß in jenen kritischen Julitagen keinem Vertreter irgendeiner auswärtigen Macht, auch nicht Bayerns, eine maßgebende Ansicht des Vatikans mitgeteilt worden sei, nur ein Krieg könne die gespannte internationale Lage entwirren. Das Gegenteil sei der Fall. Die vatikanischen Kreise hätten sich bis zum letzten Augenblick bemüht, das entsetzliche Unheil eines Krieges von Europa und der Welt fernzuhalten.

Man kann auf diese Zuschrift mutatis mutandis die Erklärung anwenden, welche die bayerische Regierung 1919 zu der oben erwähnten Äußerung eines hochgestellten römischen Prälaten dem Münchener Nuntius gab: Was in der Zuschrift zurückgewiesen wird, steht nicht in dem Telegramm Ritters. Der Artikel der „Germania“ spricht übrigens selbst nur davon, daß aus der Meldung Ritters der Anschein entstehen könnte, als ob der Kardinalstaatssekretär oder der Papst Österreich zum Kriege geraten habe und wendet sich vorbeugend gegen die Möglichkeit einer solchen Schlußfolgerung.

Trotz dieses Sachverhalts gab der Artikel gewissen deutsch-gegnerischen Kreisen in der Schweiz Anlaß, eine abenteuerliche Legende zu verbreiten. In den katholischen „Schweizerischen

¹⁾ Stenogr. Berichte des bayerischen Landtags Nr. 148, 149 vom 16. und 17. November 1922. — Stenogr. Berichte der Reichstags-sitzungen vom 2. und 3. Juli 1923.

Republikanischen Blättern“ (Nr. 44 und 48; 1923) und darnach in dem von Friedrich Wilhelm Foerster ständig mit Aufsätzen bedienten Organ des radikalen Pazifismus, der Zeitschrift „Die Menschheit“ (1923; 9. Juni und 4. August), tauchte die ungeheuerliche Behauptung auf, das Ritter-Telegramm sei eine Fälschung, vom Grafen Hertling und von Berlin 1914 bestellt, um die bayerischen Katholiken ins „preußische Kriegsfahrwasser zu lenken.“ Die deutschen Kardinäle, Bischöfe und Geistlichen hätten das Telegramm ausgenützt, um das katholische Volk für den in Berlin und Wien längst beschlossenen Krieg zu begeistern.

Um diese Erfindung haltbarer erscheinen zu lassen, versuchte man es so hinzustellen, als ob der Artikel der „Germania“ ein amtliches Dementi des Vatikans, ja des Papstes selbst sei, und als ob dieses Dementi in unlösbarem Widerspruche mit dem Ritter-Telegramm stehe. Und daraus glaubten diese Leute die Schlußfolgerung ziehen zu dürfen, das Telegramm sei bestellte Arbeit und Fälschung, und sie wagten es, diese Verleumdung vor der Welt als eine unabweisliche geschichtliche Gewißheit darzustellen!

Eine halbamtliche Notiz der „Bayerischen Staatszeitung“ vom 6. Juli 1923 bezeichnete diese Aufstellungen als „infame Lügen“. Sie betonte insbesondere, daß die Ritter-Depesche, bevor Fechenbach sie einem französischen Journalisten aushändigte, „vom Ministerium des Äußeren überhaupt niemandem bekanntgegeben worden war, auch nicht einem Bischof oder Kardinal.“

Gleichwohl sind die falschen Ausstreuungen, mit ganz bestimmten, aber nicht weniger unwahren Einzelangaben verbrämt, wiederholt worden¹⁾.

Gegenüber einer solchen unverantwortlichen Irreführung erweisen die obigen aktentreuen Mitteilungen die klare Wahrheit!

¹⁾ Dokumente deutschen Denkens und preußischer Prinzipien. Heft 5, S. 3 ff. Verlag „Friede durch Recht“, Wiesbaden 1924.